

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Druckerei: Döbner 202-207. Tel.-Wahl: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenverteilung: Geschäftsbereich 9-10 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Döbner 202-207.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Flucht vor der Verantwortung.

Weshalb die Deutschnationalen „opponieren“.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des Landbundes und der wirtschaftlichen Organisationen der Deutschnationalen Partei, veröffentlicht eine Zuschrift von „bestunterrichteter deutschnationaler Seite“, in der noch einmal die Gründe auseinandergesetzt werden, die zum Austritt der Deutschnationalen Minister aus dem Kabinett Luther führten. Der erste Teil der Erklärung wiederholt Bekanntes: Die Deutschnationalen verfolgten von vornherein die Taktik, jede Verantwortung für den Sicherheitspakt abzulehnen, ohne daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die Zuschrift legt nun dar, daß es die Absicht der Deutschnationalen war, auch weiter nach diesem Rezept zu verfahren. Die Verantwortung für den Vertrag von Locarno sollte den anderen Parteien überlassen werden, der Rechtsblock und das Reichskabinett sollten aber trotzdem bestehen bleiben. Da die anderen Parteien und die Presse auf dieses Manöver nicht hereinfielen, kam der Stein ins Rollen:

„Die deutschnationalen Mitglieder des Kabinetts kamen so in eine überaus schwierige Lage; mit ihnen selbstverständlich die Gesamtpartei. Sie hatten dem Reichstanzler keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie dem vorliegenden Ergebnis von Locarno sachlich nicht zustimmen könnten; aber sie glaubten zunächst, dem dringenden Appell des Kanzlers folgen zu können, die weiteren Verhandlungen, in denen er das Mögliche für Deutschland, besonders für das Rheinland, herauszuholen wollte, nicht durch eine Kabinettskrise zu stören.“ Ein entsprechender Kabinettsbeschluss ist gefaßt worden. Durch den Widerstreit zwischen sachlicher Uneinigkeit und formeller Einigung aber bekam die Lage im Kabinett den Charakter einer Zweideutigkeit, deren Auswirkung nach außen hin allein zu Lasten der deutschnationalen Mitglieder ging, weil es natürlich nahe lag, die äußere Einigung im Kabinett auch als innere Einmütigkeit anzusehen.

Diese Situation wurde schon an sich für die deutschnationalen Kabinettsmitglieder um so schwieriger, je schärfer das ungünstige Gesamtbild von Locarno herustrat. Sie war überhaupt nur durchzuhalten, wenn die bis an die Grenze der Selbstentäußerung gehende Loyalität der deutschnationalen Seite von der anderen Seite — das heißt hier vor allem: von ihrer Presse — in gleicher Weise erwidert wurde. Das Gegenteil ist leider geschehen. Nicht nur in der ganzen Linkspresse, eingerechnet die „Germania“ und andere Zentrumsblätter, sondern auch in der Presse der Deutschen Volkspartei — und gerade in Blättern, deren enge Beziehungen zum Außenminister Dr. Stresemann bekannt sind — wurde Tag für Tag von neuem behauptet, die deutschnationalen Minister hätten dem Ergebnis von Locarno eine materielle Zustimmung erteilt. Alle Feststellungen der Wahrheit durch rechtsstehende Blätter konnten keine durchschlagende Gegenwirkung üben, weil ihre Stimmen gegenüber den Behauptungen der ganz großen Mehrheit der deutschen Presse, die zugleich fortwährend von der Auslandspresse aufgenommen und verstärkt wurden, naturgemäß nicht durchdringen konnten.

So ist die Krise unvermeidlich gemorden. Nur durch eine entscheidende Tatsache konnte den Versuchen, die Deutschnationalen wahrheitswidrig mit einer Verantwortung zu belasten, die sie nicht zu tragen hatten und haben, ein Ende gemacht werden.

Läßt sich ein zynischeres Bekenntnis zur Politik der Verantwortungslosigkeit denken? Die Deutschnationalen sind beileibe nicht aus sachlichen Gründen aus dem Kabinett ausgeschieden, sie sind nicht in Opposition getreten, um den Vertrag von Locarno zu Fall zu bringen; im Gegenteil, sie haben sich in einem Kabinettsbeschluss ausdrücklich bereit erklärt, das Vertragswerk nicht zu stören; ihre einzige Voraussetzung und ihre einzige Sorge war lediglich, nicht mit der Verantwortung belastet zu werden. Das ist eine Politik der Verantwortungslosigkeit und des Mangels an jedem ehrlichen Willen, die nicht zu überbieten ist, und das schamlose Bekenntnis zu dieser Politik bliebe rätselhaft, wenn nicht dahinter der Wunsch stünde, den Austritt aus dem Reichskabinett bei der nächsten besten Gelegenheit rückgängig zu machen.

Die Zuschrift deutet diese Absicht zwischen den Zeilen an, indem sie das große Opfer betont, das die Deutschnationalen Partei durch das Austreten ihrer Vertrauensmänner aus der Regierung gebracht habe. Das werde besonders schwer „in den großen und maßgebenden Kreisen der tief daniederliegenden Wirtschaft empfunden werden, die den Deutschnationalen nahesteht.“ Man wünscht nicht mit der Verantwortung des Vertrags von Locarno belastet zu werden, dessen Annahme durch die anderen Parteien man sich indes nicht widersetzt, man möchte aber auch nicht auf die Dauer von der Regierung ausgeschlossen sein! Der Sinn dieser Andeutungen wird ganz eindeutig, wenn man erfährt, daß der Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller im Landesverband Hessen-Raffau an den westdeutschen Großindustriellen und deutschnationalen Zeitungsfönig Hugenberg folgendes Telegramm richtete:

„Bitte dringend, sich einzusetzen für Annahme der Verträge von Locarno in Anbetracht der Rückwirkung auf Industrie und Wirtschaft.“

Auf der einen Seite erlauben die nationalistisch verhehten und irreführenden Verbände der Deutschnationalen die Zustimmung zum Vertrag von Locarno nicht, auf der anderen Seite befiehlt die Wirtschaftsverbände den Deutschnationalen dessen Annahme und das Verbleiben in der Regierung. Aus diesem

Zweispalt glauben die Deutschnationalen nur heraustrimmen zu können, indem sie die Verantwortung von sich abwälzen. Das wird ihnen allerdings nicht gelingen. Die Sozialdemokratische Partei, die ihnen schon wiederholt einen nützlichen Anschauungsunterricht gegeben hat, denkt auch diesmal nicht daran, ihnen die Verantwortung abzunehmen.

England und die Krise.

London, 28. Oktober. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die großen Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb des deutschen Kabinetts und außerhalb desselben entstanden seien, würden in London nicht allgemein als eine Gefahr für die Zukunft des Locarno-Vertrages angesehen. Stresemann habe im Namen des deutschen Reichskanzlers und des Kabinetts gegenüber den deutschen Vertretern im Auslande von neuem die Entschlossenheit betont, den Vertrag zur Annahme zu bringen. Die alliierten Regierungen seien von dieser Entschlossenheit in Kenntnis gesetzt worden, die, wie es aus Berlin heiße, nicht ihren Zweck verfehlen werde, vorausgesetzt, daß baldige Zugeständnisse an Deutschland, die auch die alliierten Staatsmänner in Locarno zugesagt hätten, namentlich mit Bezug auf die Räumung der Kölner Zone sowie auf die Milderung des Befehlungsregimes in den übrigen Zonen erfolgt sein werden.

In London sei man der Ansicht, daß die noch ausstehenden Punkte in der deutschen Abrüstung kein ernstliches Hindernis für die baldige Regelung sein werde, trotz des Pessimismus eines Teils der französischen Presse. Die Frage, ob von der Sicherheitspolizei 2000 oder 3500 Mann in Kasernen wohnen dürften, sei von untergeordneter Bedeutung, und die geforderte Veränderung in den Befugnissen des Generals von Seeck sowie die Verminderung in der augenblicklichen Zahl der Generalstabsoffiziere in der Reichswehr und im Reichswehrministerium wurden als Fragen angesehen, die in der Praxis nicht von so großer Bedeutung seien.

Deutschnationale Futterkrippe.

Schieles „Tanzafflor“ befördert.

Eine aufsehenerregende Beförderung wird uns aus dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt. Danach hat der deutschnationale Minister des Innern Schiele einen jugendlichen Regierungsrat von Keudell, den er bei seinem Amtsantritt als persönlichen Adjutanten mitgebracht hatte, vor etwa 8 Wochen zum Oberregierungsrat und Ende voriger Woche noch schnell vor seinem Rücktritt zum Ministerialrat befördert! Unter den Beamten des Ministeriums hat diese Beförderung das größte Aufsehen erregt, da man sie sachlich als nicht gerechtfertigt ansehen kann. Der allgemeine Eindruck ist der, daß der deutschnationale Minister schnell noch einen Parteifreund in eine wichtige Position bringen wollte, um damit das in diesem Ministerium an sich schon vorherrschende reaktionäre Element in der höheren Bureaufkränze zu stärken.

Die republikanischen Parteien könnten sich an dieser bedenkenlosen Personalpolitik der Deutschnationalen ein Beispiel nehmen, wenn sie wieder einmal gezwungen sind, die Regierung zu übernehmen. Bekanntlich sind sie während ihrer Regierungszeit nie dazu gekommen, den bereits vor Jahren gefaßten Reichstagsbeschluss durchzuführen, wonach alle wichtigen Stellen in den Ministerien nur mit zuverlässigen Republikanern zu besetzen sind. Auch für Preußen hat ein ähnlicher Beschluss nach der Durchführung. Die Annahme der republikanischen Minister, daß es ihnen gelingen könnte, republikanisch geönnene Geheimräte mit der Zeit durch wohlwollende Behandlung mit der republikanischen Staatsform auszuföhnen, bedeutet eine völlige Verkennung dieser Beamtenhichten. Wie die Erfahrung gezeigt hat, imponiert diese eine derartige vornehme Gesinnung nicht im geringsten, sondern führt ganz im Gegenteil dazu, daß sie nur noch ungenierter ihre reaktionäre Gesinnung zeigen und als schlechtes Beispiel auf viele höhere Beamte wirken, die nicht ohne weiteres als Reaktionäre anzusprechen sind.

Das Beispiel Schiele-Keudell aber zeigt, mit welcher brutalen Ungeniertheit die alten Konservativen die Personalfragen zu lösen wissen, während sie nach außen sich über angebliche sozialdemokratische „Futterkrippenwirtschaft“ heiser schreien!

Das Schicksal des Schulgesekentwurfes.

Verfrähte Meldungen.

Der „Reichsdienst der deutschen Presse“ verbreitet die Meldung, das Reichskabinett wolle nach dem Rücktritt Schieles den Schulgesekentwurf zurückziehen. Infolgedessen werde auch Staatssekretär Heinrich Schulz, der während der reaktionären Schiele-Periode von seinem Urlaubsrecht als Abgeordneter Gebrauch gemacht hatte, wieder in das Amt zurückkehren.

Augenscheinlich laufen die Angaben den Tatsachen voraus. Denn daß das Kumpfkabinett Luther wirklich (soviel Entschlußkraft aufbringen könnte, wenigstens eine reaktionäre Vorlage zurückzuziehen, halten wir für ausgeschlossen. Und aus den gleichen Gründen können wir uns nicht denken, daß Genosse Schulz sein verantwortliches Amt im Innenministerium wieder antreibe, bevor der Kurs einigermaßen zu übersehen ist, der dort in Zukunft gesteuert werden soll.

Jubeltag des Faschismus.

Ein Tag der Schande für Italien.

Rom, Ende Oktober.

Zur Feier des 28. Oktober waren in Italien Schulferien. Der Unterrichtsminister hat alle Schullehrer aufgefordert, den Schülern die historische Bedeutung des Marsches auf Rom klar zu machen. Angesichts dieser Reden, durch die jeder einzelne Vorksteher vor der scharfen Kritik zu seiner Bespielung bestellter Untergebenen bestehen mußte, also seine Stellung und sein Brot aufs Spiel setzt, ist vielleicht eine „historische Würdigung“, unbeeinflusst durch Spiegel, Stellung und Brot, nicht ganz angebracht.

Dieser berüchtigte Marsch auf Rom war ein Angriff ohne Gegner, ein Sieg ohne Kampf, eine Heldentat ohne Einsatz; sein Ergebnis eine Machtverschiebung, die man schon vorher abgewartet hatte. Ein bürgerlicher Kritiker des Faschismus, Filareti, schreibt von ihm, daß er „Gegenstand einer aristophanischen Komödie wird — leider ohne Aristophanes — sobald man ihn als Schlacht und Sieg auffassen will“. Wir fürchten, allzuviel aristophanischen Einschlag dürfen wir bei den italienischen Schullehrern nicht voraussetzen. Zur Würdigung des Erreichten halten wir uns an Filareti, der als verbissener Antidemokrat und Sozialistenhasser von politischer Boreingenommenheit frei sein dürfte. Ueber die Besitzergreifung Süditaliens durch den Faschismus schreibt er (In Margine del Fascismo, Mailand 1925):

„Man hat den Eindruck, als ob von dem häufigen Dachgebell aus Miriaden kleiner schwarzer Mäuse uns ins Haus gedrungen wären und wir uns nicht aufraffen könnten, sie abzuwehren, aus lauter Eitel, ihnen nahe zu kommen. Es handelt sich bei diesem Eindringen nicht um „neue Menschen“, sondern um Menschen ohne Vorgesichte, um Unbekannte oder Uebelbeleumdete; um halbvermeßte Ueberläufer der alten Fraktionen und der alten Kammern; um freche, unruhige Burshen ohne Ueberzeugung und die kaum lesen und schreiben können; um Abenteurer, die im Trüben fischen wollen; um strupecklose Heher, die mit einem Satz vom Kommunismus zum Faschismus gekommen sind und mit der gleichen Harmlosigkeit und Ueberzeugungslosigkeit bereit sind, bei der nächsten Gelegenheit den Sprung zurück zu tun; es handelt sich um einen Ueberfall von Barbaren, gegen die sich die Menschenwürde der Mehrheit auflehnt mit einer spontanen Bewegung, die sich weder zurückhalten noch verstecken läßt.“

Und über das Schicksal des eroberten Italiens lesen wir:

„Der Faschismus predigt, er hätte die lokalen Eliten beseitigt, die Justiz wiederhergestellt, das öffentliche Leben vom Nennerschaden, vom Affarismus und vom Gaunertum befreit, Sparsamkeit in die öffentliche Verwaltung gebracht, deren Budget hauptsächlich von der harten Mühe der Arbeiter unterhalten wird. . . . Statt dessen hat jedes Dorf und jede Stadt faschistische Organisationen, Vereine, Klubs, die eine nachgerade unerträglich gewordenen Tyrannei ausüben, außerhalb welcher oder gegen welche man vergeblich Gerechtigkeit oder irgend etwas erhoffen kann; Rom hat eine zweite Plünderung erlebt, fast schlimmer als die der Landsknechte vom Jahre 1527; der Affarismus ist bis zum Verbrechen gesteigert; eine Schaar lumpiger Wichte, die bisher von Knien und Schlichen gelebt hatten, haben heute Millionen, Autos,obile, Courisonen, Prant und Orgien; man jagt ganz offen an den Staatskassen; an Stelle der aus Sparsamkeit aufgelösten Igl. Garde ist die nationale Miliz getreten, die dreimal soviel kostet; die tüchtigen Menschen, die man hätte fördern und in Wert setzen wollen, sind überall weggejagt worden, und an ihre Stelle hat man Leuschuben, weggejagte Schüler, verhumelte Studenten gesetzt, die man im mindesten Falle als jämmerliche Wichte bezeichnen muß. So sind alle die Fehler und Unzulänglichkeiten, die das Land beunruhigt und zur Förderung des Faschismus verleit hatten, verschlimmert worden, verneht, vergiftet und verschärft bis zum Brandigwerden.“

Uebrigens haben wir, wenn wir schon mal „historisch würdigen“ sollen, auch eine historische Beschreibung dessen, was gleichzeitig die Wurde und die Wurzel des Faschismus ist: die Miliz. Auch sie war schon einmal da, in dieser Welt der ewigen Wiederkehr. Schon lange vor Mussolini hatte ein anderer, Wahlverwandter, die Idee der Organisation des Lumpenproletariats gehabt, nämlich Louis Bonaparte in seiner „Gesellschaft vom 10. Dezember“. Und niemand geringerer als Karl Marx beschreibt sie uns in seinem „Achtzehnten Brumaire“, so photographisch, daß sich die schwarzen Hemden ganz spontan der Phantasie ergänzend aufdrängen:

„Reben zerrütteten Ruines mit zweideutigen Substanzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuerten Ablegern der Bourgeoisie, Vagabunden entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlassene Galeerenknoen, Gauner, Gauller, Razzaroni, Taschendiebe, Taschenpietler, Spieler, Bordeshalter, Vorkrämer, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Reffelliker, Bettler, kurz: die ganze unheimliche, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen „La Bohème“ nennen; mit diesem ihm verwandten Elemente bildete Bonaparte den Stolz der Gesellschaft vom 10. Dezember. „Böhmitätigkeitsgesellschaft“ — insofern alle Mitglieder gleich Bonaparte das Bedürfnis fühlten, sich auf Kosten der arbeitenden Nation mohtzutun.“

Armer Faschismus! Auch seine originellste Schöpfung ist nur eine nachgemachte! Warum aber in die Ferne schweifen? Nicht uns doch Mussolini selbst „Elemente der Geschichte“ in einem also überschriebenen Artikel, den die „Stefani“ am

24. Oktober verbreitet, zeitig genug, damit ihn die Leiter der italienischen Schulen ihrer Ansprache an die Schüler zugrunde legen könnten. Der Mann, der heute in Italien Minister für alles ist, schreibt da:

„Es gibt falsche Deutungen, die man sofort richtigstellen muß. Sagt man z. B., daß der neue Schwung des Faschismus Beziehung hat zu der Sunitragödie, so verwechselt man die Chronologie mit der Kausalität. Das heißt in der Entwicklung der Ereignisse jenen Menschen ein Verdienst zusprechen, die offenbar Matteotti nicht zum politischen Märtyrer erheben wollten und daher nicht daran dachten, selbst zu Hauptpersonen oder Rettern des Faschismus einzuschreiten. Die Unfreiwilligkeit dessen, was geschehen ist, ist nunmehr geschichtlich, gerichtlich festgestellt: teurerer Verdienst also, im Gegenteil!

Die Vertuschung 3. Januar—Aventin—Verbrechen ist einfach dumm. Die Faschisten müssen sie abweisen. In Wirklichkeit führte der Scherz (Bessa) vom Juni, ein Scherz, der dann unabhängig, ja gegen den Willen seiner Urheber, zur schrecklichen Tragödie wurde, zu jenem vorübergehenden Stillstand, den ich erwähnt habe, und wenn das Regime sonnell in der Lage war, einen Gegenangriff zu machen, so liegt der Verdienst dafür bei den ländlichen Raketen des Faschismus, die nicht auseinandertreten, bei mir, der ich ruhig an meinem Platz blieb im Toben der vielen Stürme, und beim italienischen Volk, das die Vergangenheit nicht vergaß und an der Zukunft nicht verzweifelte.“

Man sage es der Jugend des heutigen Italiens: die angebliche Unfreiwilligkeit des Mordes an Matteotti nimmt den Tätern in Mussolinis Augen das Verdienst. Bei der nächsten Kirche, deren Grundstein Mussolini legt, sei diese goldene Maxime ferner Zukunft aufbewahrt.

Weiter hat Mussolini gesagt: „Wenn eine Partei der Revolution die Macht in der Hand hat, muß die Gewalttat in ihren Werkzeugen und Endzielen ausschließlich staatlich sein. Die Partei muß sich darauf beschränken, für die Ausübung eventueller staatlicher Gewalttat ein „sympathisches“ Wissen zu schaffen und zu erhalten.“

Was man mit der geschilderten Politik und den angeführten Maximen schafft, das hat in Locarno der britische Botschafter in Rom dem Unterstaatssekretär Grandi zu verlesen gegeben. Unter Hinweis auf einen Stoß Telegramme über die Ereignisse in Florenz sagte er: „C'est éccécrable“. Man schafft ein Milieu, von dem sich alle anständigen Menschen mit Ekel abwenden, das aber dem Verbredertum des Lumpenproletariats günstig und sympathisch ist. In diesem Sinne wollen wir des „historischen Jahrestages“ gedenken, des Tages, an dem mehr Wein geflossen ist als Blut, die Freudenhäuser mehr gearbeitet haben als die Hospitäler, keine Vorbeeren geerntet, wohl aber viel Schafe ins Trockene gebracht wurden!

Mussolini ermuntert seine Banden.

Rom, 28. Oktober. (WZ.) Mussolini erhief am frühen Morgen des 28. Oktober die faschistischen Herrschaft eine Kundgebung, in der er auf die Erfolge dieser drei Jahre hinweist, nämlich auf die Vernichtung des alten demokratischen liberalen Systems, auf die Grundlegung für den faschistischen Staat durch ein organisches System von Befehlen und endlich auf das Aktium der großen Werke, die für das Land vollbracht seien. Darum müsse man fortfahren auf den beschrittenen Wegen. Die Regionen müßten sich immer eifriger zusammenschließen, immer disziplinierter, und wenn es nötig sei, gegen alle stehen.

Bankenbruch.

Rom, 28. Oktober. (WZ.) In Turin hat der Zusammenbruch der Banca di Credito, deren Leiter verhaftet worden sind, den Zusammenbruch zweier anderer Bankinstitute herbeigeführt, nämlich der Bank Treves und der Bank Grassi. Die Höhe der Passiva ist noch nicht bekannt.

Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Rom, 28. Oktober. (WZ.) Im September hat sich die Arbeitslosigkeit in Italien gegenüber August um 10.500 auf 82.764 erhöht.

Fälscher Hufsong.

Schon wieder ein schwarzweißroter Zitatenkünstler.

Im „Lokal-Anzeiger“ zitiert Herr Friedrich Hufsong die Stellen aus einem in der vergangenen Woche im „Vorwärts“ erschienenen Artikel, in denen alle Gründe aufgeführt wurden, die vom deutschnationalen Standpunkt aus die Bilanz von Locarno als sehr mager erscheinen lassen mußten. Er bringt es aber fertig, an der Stelle, auf die es ihm besonders ankommt, gleich zwei Fälschungen durch Unterstrichung zu begeben. Wir geben hier die vollständige Stelle wieder und heben die von ihm unterstrichenen Sätze durch Fettdruck hervor:

„Man mag sich nun darüber wundern, daß wir Sozialdemokraten, die wir dem nackten Ergebnis von Locarno kritisch gegenüberstehen, die dort zustande gekommenen Verträge begrüßen. Nun, wir begrüßen das Werk von Locarno in der Tat als den Beginn einer neuen Ära des Friedens. Wir Sozialdemokraten, denen es mindestens ebenso sehr auf die „Rückwirkungen“ ankommt, wie den Deutschnationalen, wir sind mit dem Ergebnis von Locarno deshalb zufrieden, weil wir in die Erfüllung der dort abgegebenen Versprechungen Briands, Vanderveldes und Chamberlains Vertrauen haben. Vor allem aber begrüßen wir Locarno als den Kanosag der Deutschnationalen. Denn die Katastrophe der deutschnationalen Ideologie, so erfreulich sie uns aus innerpolitischen Gründen sein mag, ist uns aus außenpolitischen Gründen noch tausendmal widriger. Der Weg zum wahren Frieden, wie wir ihn erstreben und wofür wir seit 1919, leider oft vergebens, gekämpft haben, konnte nur über den Kadaver deutschnationaler Revancheparolen führen. Der schwarzweißrote Inflationsdrachen schwimmt verendet im Lago Maggiore.“

Herr Hufsong hat die hier im Fettdruck wiedergegebenen, entscheidenden, weil erläuternden Sätze nicht nur unterstrichen, sondern er hat in keiner Weise auch nur angedeutet, daß in seinem Zitat irgendwelche Sätze fehlen. Darüber hinaus hat er die Kühnheit geübt, den von ihm herausgerissenen Satz über den Kanosag in Fettschrift abzudrucken!

Daß wir Locarno begrüßen, weil wir, im Gegensatz zu den Deutschnationalen, aber in Übereinstimmung mit Luther und Stresemann, Vertrauen in die zwar nicht schriftlich bindenden, aber mündlichen Versprechungen Briands, Vanderveldes und Chamberlains hinsichtlich der Rückwirkungen haben, das darf der Leser des „Lokal-Anzeigers“ nicht erfahren. Ebensonenig darf er wissen, daß wir den wahren Frieden erst dann für möglich halten, wenn die deutschen Rationalisten ebenso entscheidend auf Haupt geschlagen sein werden, wie es die französischen Rationalisten bei den Parlamentswahlen von 1924 wurden. Dagegen soll ihm eingeredet werden, wir begrüßen lediglich aus innerpolitischer Schadenfreude einen für Deutschland ungünstigen Vertrag!

Erst vor wenigen Tagen hat Genosse Dittmann im „Vorwärts“ nachgewiesen, daß der Admiral von Trotha in seiner Zeugnisaussage im Münchener Dolchstoßprozeß sich genau derselben Methode bedient hat. Die Zitatenfälschung gehört also neuerdings wieder zu den vornehmsten Kampfmitteln der Deutschnationalen. Die Beschimpfungen, die Herr Hufsong in Zusammenhang mit seinen Fälschungen gegen uns schleudert, können uns unter diesen Umständen nicht berühren.

Wenn im übrigen der Hugenbergische Federhalter und Scherenschnitter triumphierend festzustellen glaubt, daß die Deutschnationalen durch den Rücktritt ihrer Minister den Kanosag nicht angetreten haben, so befindet er sich gewaltig im Irrtum: indem die Deutschnationalen als stärkste Regierungspartei acht Monate lang Parteipolitik mitgemacht haben; indem sie der Entsendung einer Delegation nach Locarno zugestimmt haben; indem sie nach dem Bericht Remmers die Paraphierung der Locarno-Verträge durch ihren Vertrauensmann Luther gebilligt haben; indem das Kabinett nach Locarno einstimmig, also mit Schiele, Schlieben und Neuhaus, Stresemann beauftragt hat, das Werk von Locarno im auswärtigen Ausschuß zu verteidigen; indem sich Schiele und Westarp und der „Lokal-Anzeiger“ selbst gegen den Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung, also für die endgültige Unterzeichnung von Locarno ausgesprochen, haben sie den Gang nach Kanossa bereits vollzogen. Der Austritt aus der Regierung ist ein Fluchtversuch nach vollbrachter Tat.

Finanzkonflikt in Köln.

10 Millionen Defizit. — Die Industriellen für Abbau der Wohlfahrt. — Die Bürgerlichen unentschieden. — Vor großen Kundgebungen.

Köln, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der jüngsten Sitzung der Kölner Stadtverordnetenversammlung teilte Oberbürgermeister Adenauer mit, daß im Haushalt der Stadt Köln in den ersten sechs Monaten ein Defizit von über 10 Millionen Mark entstanden ist. In der Hauptsache sei dieses Defizit auf die ungeheure Kostlage der Kölner Bevölkerung zurückzuführen, die in immer stärkerem Maße unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig über 20.000. Fast ebensoviele Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind vorhanden. Neben diesen erhöhten Ausgaben für Wohlfahrtsunterstützungen steht eine Mindereinnahme aus den Ueberweisungen der Reichssteuern in Höhe von etwa 4 Millionen Mark. Die wirtschaftlichen Verbände Kölns unter Leitung des Vereins der Industriellen haben in einer großen Kundgebung gegen die Finanzpolitik der Stadt Köln protestiert und verlangt, daß mehr wie bisher vor allem in der Wohlfahrtspflege gespart werden soll. Die bürgerlichen Stadtverordneten erklärten unter dem Eindruck dieser Kundgebung, daß sie vorläufig nicht bereit sind, das vorhandene Defizit durch Erhöhung der Realsteuern zu decken. Die Kommunisten sind ebenfalls, trotzdem sie Forderungen stellen, die erhebliche Mehrausgaben verursachen, nicht bereit, die Deckung in der allein möglichen Weise durch Erhöhung der Realsteuern vorzunehmen, so daß die Kölner Stadtverordnetenversammlung, wenn nicht die bürgerlichen Fraktionen zu einer anderen Auffassung kommen, vollkommen arbeitsunfähig ist. Eine für Donnerstag vorgesehene Stadtverordnetenversammlung, in der über die Deckungsfrage beraten werden sollte, ist trotz des Widerspruchs der sozialdemokratischen Fraktion auf Wunsch der bürgerlichen Fraktionen abgejagt worden. Jetzt werden die Gewerkschaften, Genossenschaften, die Arbeiterwohlfahrts- und Kriegsbeschädigtenorganisationen als Gegenkundgebung gegen die Versammlung der wirtschaftlichen Verbände in den nächsten Tagen zu einer großen Protestkundgebung aufrufen, in der gegen den Abbau auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege demonstriert werden soll.

Das Linkskartell bleibt bestehen.

Pariser Presse und Kabinettskrise.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Morgenblätter meinen fast einmütig, daß sehr wahrscheinlich ein neues Kabinett Minister Painlevé der Ausgang der Krise sein wird. „Matin“ glaubt, daß Painlevé in diesem Falle das Portfeuille des Kriegsministers beibehalten und das Finanzministerium einem Parlamentarier anvertrauen wird. „Deux“ hält Herriot als Führer des Linkskartells für geeignet, die Lösung der Krise herbeizuführen, glaubt jedoch, daß er nicht das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen werde und schlägt für diesen Fall vor, Herriot in das neue Kabinett Painlevé einzutreten zu lassen. Obwohl man heute über die Person des zukünftigen Ministerpräsidenten noch nichts Bestimmtes sagen kann, wird doch die neue Regierung ihre Mehrheit im Kartell der Linken zu suchen haben. Eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung scheint angesichts der Beschlüsse des letzten Parteitag nicht in Betracht zu kommen. Jedoch werden die Sozialisten einer Regierung, die die Kapitalsabgabe zu ihrem Programm macht, Unterstützung gewähren. — Der linksradikale „Quotidien“ sagt: Die wirkliche Frage ist: Gibt es eine stabile Mehrheit in der Kammer? Diese Frage kann nur mit Ja beantwortet werden, wenn man hinzuläßt, „mit den Sozialisten“. Ohne sie gibt es keine stabile Mehrheit in der Kammer, so daß also das Ministerium, das heute, morgen oder übermorgen gebildet wird, entweder den Kampf dämpfen oder ihn unter lebhafteren Formen wieder aufleben lassen muß. „Journal“ glaubt, daß drei Persönlichkeiten für die Bildung des Kabinetts in Frage kommen: Herriot, Painlevé oder Briand.

Wie stark der Wunsch der Linksparteien nach dem Weiterbestehen des Kartells ist, zeigt u. a. eine Entschließung der Fraktion der republikanischen Sozialisten, der Partei Painlevés, die darauf hinweist, daß die Lösung der augenblicklichen Ministerkrise nur auf dem Boden des Linkskartells möglich sei.

Münchener Weltgeschichte.

Man muß ihn einmal erlebt haben, den Raum, der wo seit zehn Tagen Mittelpunkt aller Münchener Sensationen ist. In dem wo der Amtsgerichtsdirektor Frank als Einziger und „Gerichtshof“ in einer Person über die Weltgeschichte und den Dolchstoß entscheidet:

Vom Marienplatz fährt die Leambahn in fünf Minuten hinaus nach Mariabühl, dem Sitz des Münchener Amtsgerichts. Noch steigen die durch Autosperren zurückgehaltenen Lüne des Glockenspiels vom Münchener Rathaus zum Uhr, aber schon geht es hindurch zwischen Marktbrunnen und Fleischbänken, über die grünblühende Bar, bis die Kirche von Mariabühl aufragt. Abermals ungezählte Buden, denn es ist gerade die Zeit der „Auer-Dult“. Du betrittst ein altes winziges Gebäude, fragst dich durch ein paar Gänge und gelangst an eine Tür, aus der dir alsbald beim Öffnen eine undefinierbare Atmosphäre, ein wohrhaftes Stück Bräuhäusduft entgegenbläst.

Du trittst ein und glaubst, in der einzigen Schulklasse der Dorfschule von Klein-Neudorf oder Schmachtenhagen zu stehen. Ein Raum von der Größe eines mittleren Schimmers, niedrig, verrußt, fast schmucklos. Genau wie in der Schule füllt ihn 10 oder 12 Reihen Bänke mit Tischen davor, an denen die Schulkinder, pardon, die Betreuer von 50 großen Zeitungen dicht gedrängt sitzen. Die sonstige Öffentlichkeit wird durch dielekt ein Dutzend Zuhörer martiert.

Vorn ist ein kleiner freier Raum, gerade soviel, wie er um das Katheder des Lehrers zu sein pflegt. In diesem Raum von der Größe einer Mädchenkammer sind untergebracht das Tribunal, bestehend aus Richter und Berichtschreiber, der Kläger mit seinem Verteidiger, der Angeklagte mit dem seinen, drei oder vier Hilfspersonen der Verteidigung und schließlich ein kleines Tischchen vor der Richterbank, an dem der jeweils zu verhörende Zeuge sitzt. Müßt du dieses Tischchen erreichen, so müßt du dich durch eine Gasse von etwa einem Fuß Breite zwängen und reißt unfehlbar dabei einen eisernen Gitterbodenstander um, dessen jeder Haken drei- oder vierfach behängt ist. „Es macht nix, wir sind's gewohnt“, schmunzeln die Inhaber der heruntergefallenen Hüte.

Der Amtsrichter sieht beiseite nicht aus wie ein preußischer Affessor, und spricht auch nicht so. Sein „Grätz Gott“ und „Hob die Zehe“ erludt sich breit und einladend durch den Raum. Einem bayerischen Zeugen, der meint, er habe sich vielleicht im Ton etwas zu sehr ausgedrückt, wird die freundliche Antwort: „Tut nix, mir soan hier a boarisches Gericht, hier darf amal a boarisches Wort jalle.“

Der Verteidiger Cohnmanns ist ein Graf, Graf Pestalozza. Schaut aber auch nicht aus, wie man sich in Preußen einen Grafen vorstellt. Cher wie ein bärtiger Kapuzinermönch, der für ein paar Stunden seine Kutte abgetan hat. Ueberhaupt, man lernt hier schnell begreifen, was die Münchener am Preußen nicht vertragen können.

Es wird eine Pause gemacht von fünf Minuten, die zwanzig, oder von einer Viertelstunde, die eine halbe dauert. Der Vorsitzende ist durchaus für Pausen. Sie tun aber auch not, da nach zwei bis drei Stunden die Luft im Saale völlig ungenießbar ist. Dann er-

geht sich alles auf die Gänge, raucht Zigaretten und Pfeifen, was hier nicht verboten ist. Die meisten aber scharen sich um einen gemächlichen Mann, der aus einem wohlverpackten Kessel warme Weismurke verkauft. Schade, daß das Bier fehlt! Aber auch so sitzen Freund und Feind friedlich vereint um den nahrungspendenden Kessel und niemand ahnt beim Anblick dieses appetitanregenden Bildes, daß die gleichen Menschen eben noch mit größter Erbitterung gegeneinander gestritten haben. Persönlicher Boykott wegen divergierender Anschauungen übt man hier nicht. Die einzigen, die in dieses Bild nicht hineinpassen, sind die Cohnmannschen Zeugen, die fortrecken, gradlinigen, gebürteten und geschichteten, kräftigen und schmerzenden preussischen Generäle und Admirale. — Die Sitzung ist wieder an, alles ergiebt sich in die Klasse, Verzeihung, in den Gerichtssaal.

So wird in München Weltgeschichte gemacht. E. R.-r.

Herbstausstellung der Berliner Sezession.

Zum erstenmal seit dem Tode ihres Präsidenten Louis Corinth — der als Präsident seinen Nachfolger erhalten und also mit seinem Namen auch fernertin die Vereinigung zusammengehalten wird — hat die Sezession zu ihrer Herbstschau geladen. Bildhauer Wendt hielt die Eröffnungsrede, die sich ernst und feierlich zu der Gesinnung Corinths bekannte. Eine überraschende Fülle hervorragender Gäste gab dem Ganzen besonderen Glanz; am meisten bemerkt und umdrängt war Machdonald mit dem graubaarigen, vornehm rasierten Kopf von unerkennbar schottischem Gepräge, neben dem Botschafter Lord d'Abernon. Hohe Politik fühlte in die Regionen der Kunst vor. Und, doppelt erfreuliches Ergebnis: auch die Schau selber stand im Zeichen der heute alles beherrschenden Völkerverföhrung.

Denn die beiden Pole, im Hauptsaal einander gegenübergestellt, hießen: L. Corinth und französische Austauschausstellung. Fast die Hälfte des Raumes war den Gästen aus Paris eingeräumt; und wie dieser erste offizielle Besuch von jenseits des Rheines so gar nichts Offiziöses hat, sondern wirklich geistiger Initiative entsprang und edles Kulturgut vermittelt, so sollen auch die deutschen Künstler durch die Sezession demnächst ihr Bestes in Paris zeigen. Zug um Zug.

Hoffen wir, daß sie ebenso gut abschneiden. Denn das, was wir hier aus Paris vor uns haben, ist eine Zusammenstellung der besten Namen aus der heute wirkenden Generation; Zusammenfassung dessen, was wir in verschiedenen Kunsthandlungen und in der Jurzeiten Stückweise erlebten, und viel mehr dazu, eine wirkliche Gesamtpräsentation. Es fehlt keiner der wirklichen Führer: Ratisse, Derain, Léger, Picasso, Braque, und die Fülle der Talente, welche der französischen Malerei erst ihre unvergleichliche Stokkraft und europäische Bedeutung geben, ist ungefähr lückenlos beisammen: die ehemaligen „Fauves“ — von Buisard, Bonnard und Roussel bis zu Puy, Manquin, Camoin, Marquet, Flondrin, Dujon usw. —, die stärker Persönlichen wie Friesz, Blaminé, Dufresne, Segonzal, Warand bis zu Rouault, Mirillo, Laurencin, die uns Flechtheim färslich vermittelte, und dem übernehmend amüfanten Lascaux (der aber wohl gar zu amüfani und nicht-gelacht ist).

Dem gegenüber vertritt eigentlich nur Corinth das deutsche Prinzip ebenbürtig und geschlossen; dies allerdings mit einem halben Dutzend Bilder, so stark und eindrucksgewaltig, daß sie allein der ganzen Franzosenchau standhalten. Vor diesen mächtigen Bildern vom Waldensee, von Interieurs und Blumen, von Selbstbildnis und einem durch Abwelenheit alles Värmenden und Brutalen seismag ereignenden „Ecce homo“, vor diesen großen Schöpfungen seiner letzten Zeit, die bis zum physischen Tode produktiv war in einem ganz großen Sinne — wird offenbar, daß all den Franzosen, so Bollendetes sie bisweilen bringen, doch am Ende das abstoß Zwingende fehlt.

Es liegt nicht daran, daß sie meist nicht mit Hauptwerken vertreten sind; am wenigsten die Führer, wie Picasso, Ratisse, Derain. Auch wenn man ihr Bestes hier eingesehen hätte: für unser Empfinden müßte es hinter Corinth und seinem malerischen Erlebnis zurückstehen.

Die übrigen Deutschen sind in ähnlicher Lage. Vortreffliche Einzelleistungen, aber nichts unbedingt Einmaliges, wie Corinth. Hervorzuheben sind von „Malerischen“: Vesper Urg, Degner, Domschelt, Hlbers, Hestermann, Hedendor, Delmling, Köhrlich; Felix Müller vertritt den erregten Expressionismus so gut wie Töckel den fortschrittlichen Akademismus. Die „neue Sachlichkeit“ ausgezeichnet: Fritsch und Riege, ein bisher unbekannter Mann; Leo v. König und Auguste von Siewitz die gedämpfte Porträtmalerei.

Unter den Bildhauern ragen die Franzosen — Maillo, Despiau und vor allem der hochbegabte Renois — so weit heraus, daß von den Deutschen eigentlich nur Ernst Wendt daneben in Ermägung zu ziehen ist.

Dr. Paul F. Schmidt.

Entdeckung einer Stadt auf dem Meeresgrund. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, entdeckte ein Handelsdampfer, der auf dem Wege von Varsen nach Baku seinen gewöhnlichen Kurs änderte, zufällig auf dem Meeresgrund in der Nähe der Halbinsel Schadowa eine asterümliche Stadt. Infolge des ruhigen Wetters waren die Straßen und Gebäude von atmosphärischer Architektur deutlich erkennbar. In der Nähe liegen die schon früher entdeckten Ruinen der Stadt Charabafchener, von der eine auf dem Meeresgrund sichtbare Straße bis zur Festung Baku führt. Die vorläufigen Vermutungen der Gelehrten gehen dahin, daß die Städte auf dem Meeresgrund infolge von Erdbeben gesunken seien, die eine starke Veränderung der Küstenlinien herbeiführten.

Direktor Jeth Höll von der Volkshöhne am Bismarckplatz spricht auf Einladung der Volkshöhnenjugend Freitag, den 30., abends 8 Uhr, in der Aula des Maximilianstr. 16/17 über den Spielplan der Volkshöhne.

Prof. Leo Kestenberg hält auf Einladung der Volkshöhne 6 Vorträge über Beethoven's Violinsonaten an Sonntag Abendens 8 Uhr im Beethovenstr. 42. Erster Vortrag: 1. November. Titelung: Hans Westermann.

Der Bund Deutscher Gebrauchsgroßhändler beruft den Vorstand seines Verbandes von München nach Berlin. Die Geschäftsstelle der Bundesleitung, deren Aufgabe die Vermittlung zwischen den Kleinverbräuchern und den Großhändlern ist, befindet sich S. 11, Königgräber Straße 80.

Gefühlsgemeinschaft!

Cosmann erklärt. — Noke sagt an.

München, 28. Oktober. (WZ.) Am Mittwoch wurde der achte Verhandlungstag im Dolchstoßprozess mit einer Erklärung Prof. Cosmanns eingeleitet, in dem er nochmals die Erklärung seines Anwalts vom Vortage präzisiert und zum Ausdruck bringt, daß man die Dolchstoß-Hefte nur verstehen könne, wenn man sie vom Standpunkte der von uns vertretenen notwendig gewordenen Gefühlsgemeinschaft aus betrachte.

Darauf wurde als nächster Junge der Oberpräsident von Hannover, Gustav Noke vereidigt und über die generelle Haltung der SPD. und USPD. sowie über die Ereignisse, die zur Revolution führten, vernommen. Noke führte aus: Als Politiker verfolge ich mit großer Sorge und wachsender Empörung den Versuch einer gewissen politischen Richtung in Deutschland, die Sozialdemokratie wegen ihrer Haltung im Kriege und bis in die neuere Zeit hinein zu insameren, um dadurch entweder für die eigene Partei Geschäfte zu machen, oder aus dem Bestreben heraus, durch Angehörige der früher maßgebenden und tonangebenden Schichten eigene Schuld vor dem Kriege und während des Krieges zu verschleiern und eine andere Schicht dafür haftbar zu machen.

Wenn von einer Dolchstoßpolitik gesprochen werden kann, dann nur unter dem Gesichtspunkt, daß ganz planmäßig das von der SPD. begonnene Einigungswerk im Volke dauernd gestört wurde.

Insofern wurde ein trennender Keil in die Bevölkerung hineingetrieben, als man die SPD. für den verlorenen Krieg haftbar machte. Ueber die bisherigen Verhandlungen im Dolchstoßprozess habe ich den Eindruck gehabt, daß es ein beklagenswerter Zustand ist, jetzt zu hören, daß eine große Anzahl früherer hoher und höchster Offiziere beschuldigungslos herumlaufen, und daß sie jetzt besitzlos und dem Schuldigen suchen. Gerade sie trifft aber ein gerütteltes Maß von Schuld, dem Volke das richtige Verständnis nicht eingebracht zu haben. Ich sah mit wachsender Empörung, wie mehr und mehr versucht wurde, die Spuren der Kriegs- und Nachkriegszeit zu verwischen, wie versucht wurde, der Sozialdemokratie die Schuld zu geben. Ich kann ohne Ueberhebung sagen, daß ich während des Krieges und nach dem Kriege einflußreich in der Sozialdemokratie mitgewirkt habe. Es ist ein eigenartiges Zusammenreffen, das ich hier in einem Münchener Gerichtssaal feststellen muß, daß auf meinen Befehl im Frühjahr 1919 die Truppen zur Entsetzung Münchens in Marsch gesetzt worden sind.

Nach meinem Empfinden gibt es keinen besseren Beweis für das tiefbegründete Vaterlandsgedühl der Sozialdemokratie als den, daß sie ungeduldet dauernd Insamierung durch den Kaiser in der Stunde der Gefahr sich selbst dem Vaterland zur Verfügung gestellt hat.

Wenn die Stimmung im Lande und an der Front während des Krieges allmählich eine fortschreitende Verschlechterung erfuhr, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß die Stimmung durch die Sozialisten verborgen wurde, sondern darauf, daß Rot, Gelb, blutige Verluste, Seelennot usw. immer mehr und mehr die Gemüter beherrschte. Hingzu kam die Unmöglichkeit der Regierung und der Obersten Heeresleitung, sich auf die Seelenstimmung des Volkes einzustellen. Reichsregierung und Oberste Heeresleitung haben nach meiner Ueberzeugung eigentlich von dem ersten Kriegswochen an unbegründetes Mißtrauen zur Lächerlichkeit und Opferwilligkeit unseres Landes gehabt. Das fand seinen ersten Ausdruck darin, daß man

nicht den Mut hatte, dem deutschen Volke die Niederlage an der Marne einzugehen.

Trotzdem ich an allen den Marinestab betreffenden Sitzungen teilgenommen habe, gehörte ich doch zu den Leuten, die völlig überrascht wurden durch die Mitteilung vom Zusammenbruch der Balkanfront. Vor einigen Tagen hat an dieser Stelle Konteradmiral Henschel unter seinem Eid ausgesagt, daß man kein den Fehler gemacht habe, einen sozialdemokratischen Redakteur auf einem großen Schiffe zuzulassen. Dieser sozialdemokratische Redakteur bin ich gewesen. Es ist richtig, daß ich tagelang auf dem Schiffskreuzer „Von der Tann“ gewesen bin. Wie ich mich auf dem Schiffe betätigt habe, geht aus den Briefen hervor, die mir die Offiziere des Schiffskreuzers nach Verlassen des Schiffes geschrieben haben.

Kein Mensch hat damals daran gedacht, daß die Sozialdemokratie und ihre Führer auf die Zermürbung der Marine und der Front hingearbeitet habe.

Ich bin der Ueberzeugung, daß die Leute, die heute mit der Dolchstoß-Legende arbeiten, entweder politische Geschäfte machen oder aber ihr militärisches Renommee wieder aufwiegen wollen. Diese Leute, die sich heute auf das hohe Pferd setzen und meine Partei insameren, hätten vielmehr Anlaß, sich an die eigene Brust zu schlagen und sich zu überlegen, ob nicht in ihrem eigenen Reiben ein großes Verschulden festzustellen war.

Damaskus zerschossen.

England berichtet, Frankreich befreit.

Kairo, 28. Oktober. (Reuter.) Obwohl die Nachrichten über die letzten Ereignisse in Damaskus auseinandergehen, ist es doch ersichtlich, daß die Stadt zwischen dem 18. und 20. d. M. eine furchtbare Heimtuchung erlitten hat. Am ersten genannten Tage war ein Bandenführer in eines der Stadtviertel eingedrungen mit dem Rufe, daß die Drusen da wären, und hatte die Einwohner zum Aufstand aufgefordert. Daraufhin wurde ein Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich den Eindringlingen an. In dem Gemetzel, das sich entspann, fielen hundert Franzosen in tapferem Kampf. Die französischen Behörden warfen Tanks und Panzerautos ins Gefecht, die den Aufständischen schwere Verluste zufügten. Diese setzten trotzdem hinter Barricaden ihr Feuer fort und steckten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Besatzung der Stadt dauerte von Sonntag nacht bis Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichname wird auf mehrere hundert geschätzt, während ungefähre zweitausend unter den Trümmern verschüttet liegen müssen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen in der Umgebung von Damaskus geblieben seien und daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen sei.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die von der englischen Presse verbreiteten alarmierenden Meldungen über die Lage in Syrien werden von den hiesigen Blättern als übertrieben bezeichnet. Zu befestigen sei nur, daß Damaskus von europäischen Frauen und Kindern geräumt werde. Wie ernst die Lage in Syrien immerhin ist, geht aus einer Haabmessung aus Rabat hervor, wonach zwei Kavallerieregimenter aus Marokko nach Syrien geschickt worden sind.

Der Schweizer Arbeiterwahlsieg.

Nur die Arbeiterparteien gewinnen Mandate.

Bern, 28. Oktober. (WZ.) Der neugewählte Schweizerische Nationalrat weist folgende Zusammensetzung auf: Sozialdemokraten 49 (bisher 43), Kommunisten 3 (2), Sozialistische Gruppe 3 (2), Freisinnige und Demokraten 60 (58), Katholische Konfession 42 (44), Bauern-Gemeinde-Bürgerpartei 30 (34), Liberale Demokratische Partei 8 (10), Parteilose 3 (4).

Der Straßenschuster.

Tag für Tag steht er, der kleine, unscheinbare Mann, dort mit seinem Straßensieben, auf dem ein wenig Handwerkszeug liegt, dicht an der Bordsteinkante des Fußgängersteiges. Bald hämmert es, bald hört man die Töne einer Nähmaschine. Dazwischen das Ausrufen von Obst und Süßfrüchten der dicht beieinander stehenden Straßenhändler. Draußen im Proletarierviertel ist es, wo der Straßenschuster, eine neue Erscheinung, für wenig Geld die Schuhe der Armen ausflüßt. Zahlreiche Kinder umstehen neugierig seinen kleinen Handwerkerstand und sehen zu, wie er gewissenhaft und geschickt die Schuhe repariert. Auch der Straßenschuster mit seinem Miniaturladen und seiner kleinen, veralteten Steppmaschine, deren quieschendes Geräusch mißtönend ins Ohr fällt, ringt einen harten Kampf mit dem Leben. Er war lange arbeitslos, bis ihm der Gedanke kam, wie so viele andere auf der Straße sein Geld zu verdienen. So hatte ihn die Not zu seinem jetzigen Beruf gebracht, wie jene, die um ein paar Pfennige Tagesverdienst die Unbill der Straße bei Regen und Kälte ertragen müssen. Proletarier sind seine Kunden, die ihm dieses und jenes zum Reparieren bringen. Sie sind mit des Alten Arbeit recht zufrieden, denn er arbeitet billig und gut.

An dem armen Straßenschuster jagen Automobile und Straßenbahnen, vorüber, und oben tob't die Hochbahn. Aber unbelümmert um das Lärmen näht er sich für Stuch auf der kleinen, alten, quieschenden Steppmaschine zerlissenes Schuhwerk. Schulkinder sehen umher und sind glücklich, wenn sie einmal das Schwungrad drehen dürfen, das die Nähmaschinen in Bewegung setzt. Aber er ist schon nicht mehr der einzige Straßenschuster. Er hat bereits Radfahrer gefunden, die etwas „großzügiger“ angefangen haben; sie haben etwas „Kapital“ reinstecken können und haben einen eigenen Wagen mit einem Plan darüber. Der kleine Straßenschuster erzählt das und es liegt ein Ton von großer Bestimmtheit in seiner Stimme. Hoffentlich wird auch er sich einmal einen Wagen leisten können. Denn man gönnt ihm all's Gute, weil man sich freut, daß so ein Alter noch soviel Kraft gefunden hat und findet, sich ohne fremde Hilfe durch Leben zu bringen.

Der Zusammentritt des neuen Stadtparlaments.

Raum vor Mitte November.

Vor dem Zusammentritt des neuen Stadtparlaments, das sich von dem bisherigen durch den Ausfall der Wahl in seiner Zusammensetzung wesentlich unterscheiden wird, sind noch eine ganze Reihe von Formalitäten zu erfüllen, so daß die erste Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung kaum vor Mitte November stattfinden dürfte. Zunächst muß der Kreiswahlleiter in öffentlicher Sitzung, die voraussichtlich am Freitag, den 30. Oktober, stattfinden wird, das amtliche Ergebnis der Wahl feststellen. Daraufhin werden die auf die einzelnen Parteien entfallenden Mandate unter Abrechnung der verbleibenden Reststimmen und gemäß den Listenverbindungen festgesetzt. Sodann müssen sich die gewählten neuen Stadtverordneten erklären, ob sie das Amt ausüben werden, worauf der Magistrat die Reuegewählten zu einer erstmaligen Sitzung zusammenruft, in der ihre Verpflichtung als Stadtverordnete und die Berechtigung auf die Verfassung erfolgen wird. Dann erst tritt das Stadtparlament zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen, in der allerdings auch zunächst nur Formalitäten zu erledigen sind. Die wichtigste ist die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers, sowie die Zusammenlegung der Deputationen.

Familiendramatik in Spandau.

Mord und Selbstmordversuch einer Mutter.

In Spandau, im Hause Rommendamm-Allee 91, spielte sich heute morgen eine furchtbare Familiendramatik ab. Hier wohnt der 56 Jahre alte Telegraphenbeamte Wilhelm Neun mit seiner Tochter aus erster Ehe, seiner 52 Jahre alten zweiten Frau Elisabeth geb. Reumann und deren 17 Jahre alten Tochter Ruth. Die Eheleute lebten seit einiger Zeit in Zwist und schliefen auch in getrennten Räumen, der Mann mit seiner Tochter in den beiden Vorderzimmern, die Frau mit ihrer Tochter Ruth in dem Hinterzimmer. Heute morgen kurz vor 8 Uhr hörte Neun im Schlafzimmer seiner Frau zwei Schüsse fallen. Er eilte hinein und fand das Mädchen tot und die Frau schwer verletzt auf. Das Mädchen lag mit einer Schußverletzung im Kopf in seinem Bett, die Mutter kniete vor dem Bett der Tochter, halb auf das Bett gelehnt. Ein Trommelrevolver lag auf dem Bett. Neun machte sofort Anzeige und Kriminalbeamte eilten mit einem Arzt nach der Wohnung und nahmen den Befund auf. Der Arzt stellte fest, daß das Mädchen tot war und ließ die Frau, die noch Lebenszeichen von sich gab, mit einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus Bestend bringen. Frau Neun hat schon öfter Selbstmordgedanken geäußert und auch schon einmal versucht, sich und ihre Tochter mit Gas zu vergiften. Sie liegt im Krankenhaus schwer darnieder.

Die Ueberteuering der Lebensmittelpreise.

Wie wir hören, wird sich die Mittlere Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin im Laufe der nächsten Woche mit der Preisgestaltung im Obst und Gemüse, sowie im Fischhandel beschäftigen und versuchen, eine Herabsetzung der zu hohen Preisspannen herbeizuführen, die, wie wir bereits mitgeteilt haben, in einzelnen Fällen für Kartoffeln bis 100 Proz. und für Fische sogar bis zu 400 Proz. betragen. Allerdings haben die bisherigen Maßnahmen der Mittleren Preisprüfungsstelle keine wesentliche Verbesserung bezüglich der zu hohen Preisgestaltung gebracht, da sofort bei jedem Hinweis auf die überhöhten Handelspreisen in den verschiedenen Lebensmittelsphären die betreffenden Organisationen auf den Plan getreten sind und durch Erklärungen und Protestversammlungen die Schuld der Ueberteuering von sich abzuwälzen und auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem aber auf die zu hohen Löhnen zu schieben versuchten. Es wäre also in der Tat notwendig, daß die Preisprüfungsstellen einmal andere Mittel und Wege fänden, um den Widerstand der Gewerbeorganisationen gegen die unumgänglich notwendige Preisermäßigung zu überwinden. Einen Fingerzeig dazu bieten die Feststellungen, die man in einer mittleren Stadt in Thüringen gemacht hat. Dort haben nämlich die Preisprüfungsstellen gemeinsam mit den Finanzämtern den Kampf gegen die Ueberteuering in die Hand genommen, und haben dabei festgestellt, daß der monatliche Umsatz eines kleinen Schächtereibetriebes 8000 bis 12000 Mark beträgt, während in einem mittleren Geschäft in der gleichen Stadt 12000 bis 24000 Mark Umsatz erzielt wurden. Demgegenüber behaupten die Organisationen des Berliner Schlächtergewerbes, daß der Umsatz in der Reichshauptstadt in einem mittleren Geschäft nur monatlich 9000 Mark betrage, um so die Höhe der Löhnen zu rechtfertigen. Vollkommene Klarheit wird man allerdings nur dann bekommen, wenn man die Preisgestaltung vom Produzenten ab über die Zwischenhändler bis zum Kleinhändler kontrolliert.

Feuer in den Anilinwerken A. G.

Ein größerer Brand beschäftigte mehrere Wäschkäse der Berliner Feuerwehr heute vormittag in Lichtenberg in der Hauptstr. 17. In der Deilderei der Firma Anilinwerke A. G. war infolge Ueberheizung mehrerer Delapparate Del in Brand geraten. In kurzer Zeit stand der ganze Fabrikraum in Flammen. Die inzwischen herbeigeeilten Wehren mußten sofort mit 4 B-Rohren gegen den Brandherd vor-

rücken und sich größtenteils darauf beschränken, den Brand zu lokalisieren, um die Nachbargebäude zu schützen. Erst nach zweistündiger angestrengter Wäschkäsearbeit war die Hauptgefahr beseitigt. Ein weiterer Brand kam in einem Papierkeller in der Friedrichstraße 227 zum Ausbruch. Große Mengen von Alten und Papierabfällen waren in Brand geraten. Durch das schnelle Erscheinen der Feuerwehr konnte das Feuer nach einhundertjähriger Wäschkäsearbeit niedergelassen werden. Die Entstehungsurache ist bisher unbekannt.

Das Freibad im Winter.

Im Freibad Wannsee wird trotz der schon recht merkwürdigen Kühle des Wetters noch gebadet. Aber es sind freilich nur einzelne, die mit solcher „Unentwegtheit“ ihr gewohntes Kaltebad nehmen. Die Verwaltung des Freibades sieht dem Tag entgegen, wo der letzte Badegast „bibbernd“ entflieht. Sie rüstet bereits auf den Winter, der dem Freibad andere Gäste, die Freunde des Schlittschuh- und Rodelsports, zuführt. Bei starkem Frost bietet die weite Fläche des Wannsees eine prächtige Eisbahn. Doch der Wintersportler will nicht warten, bis die Eisdecke fest genug ist, und in milder harten Wintern kommt überhaupt schwer eine Eisbahn auf dem Wannsee zustande. Im Freibad Wannsee wird diesem Mangel dadurch abgeholfen, daß man neben der Wasserfläche auf dem 700 Meter langen Strand noch eine künstliche Eisbahn anlegt. Die Arbeiter zur Einigung des Strandes haben begonnen, so daß bei eintretendem Frost sofort die Herstellung der künstlichen Eisbahn möglich wird. Auf dem Freibadgelände wird jetzt auch eine sehr willkommene Verbesserung ausgeführt, die Pflasterung des bisher nur mit Schotter befestigten Weges, der sich an der Landseite unterhalb des Steilufers hinzieht. Die Verwaltung des Freibades ist schon seit längerer Zeit bemüht, selbst außerhalb ihres Reiches, in der Umgebung des Freibadgeländes, manche Verbesserungen zu schaffen. Wer vom Bahnhof Rikolassee her nach dem Freibad spaziert und an den früheren Zustand des Weges denkt, erkennt sofort, wie vieles sich da zum Vorteil geändert hat. Zu wünschen ist, daß auch die städtische Forstverwaltung sich die Verschönerung dieses Teiles unseres Grünwaldes mehr als bisher angelegen sein ließe. An Eichen, die überständigen Bäume wegzuschlagen, hat es nicht gefehlt, aber damit allein schafft man keine Erholungsstätten, sondern höchstens Brennholz. Noch immer wartet die Bevölkerung darauf, daß die fahlen Stellen durch Anpflanzung von Laubbäumen und Gehäusen verschönert werden. Es wird Zeit, daß endlich in dieser Richtung etwas Durchgreifendes geschieht. Damit wäre nicht nur den Gästen des Freibades gedient, sondern auch den vielen Spaziergängern und Ausflüglern, die diesen Teil des Grünwaldes wegen der großartigen Aussicht über den Wannsee gern aufsuchen.

Ein Siedlerstankal.

65 Siedler ihrer Grundstücke beraubt.

Eine skandalöse Affäre, die gegenwärtig schon die Staatsanwaltschaft beschäftigt, die aber auch das Wohlfahrtsministerium angeht, hat sich dicht vor den Toren Berlins, in Sasdorf an der Stebenwalder Bahn entwickelt.

Im Jahre 1923 und 1924 kauften dort 65 Groß-Berliner Gewerbetreibende, Kaufleute und Arbeiter Siedlergrundstücke von der Sasdorfer Bodengesellschaft m. b. H. und bauten sich dort, da sie in Berlin keine Wohnungen erhalten konnten, Wohnhäuser bzw. Mietwohnungen. Die Siedler haben zum Teil unter großen persönlichen Opfern mit unendlichem Fleiß den außerordentlich schlechten Boden kultiviert und fast ausnahmslos ihre letzten Sparpfennige in die eigene Scholle hineingesteckt. Beim Verkauf war den Siedlern von den Geschäftsführern der Sasdorfer Bodengesellschaft Arthur Ratz und Philipp Reich versichert worden, daß das verkaufte Terrain schuldenfrei und in jeder Weise unbelastet sei. Dagegen wollte sich die Bodengesellschaft auffälligerweise nicht damit einverstanden erklären, daß die Auflassung und die Umschreibung im Grundbuchamt vorgenommen würde, ohne welche bekanntlich jeder Grundstücksverkauf rechtsunwirksam ist. Trotz größter Bemühungen gelang es den Siedlern auch nicht, diese Forderung durchzusetzen. Nunmehr ist die Sasdorfer Bodengesellschaft nebst einer Holzfirma Reich u. Co., deren Inhaber die oben genannten Geschäftsführer der Bodengesellschaft waren, in Konkurs gegangen, und für die 65 Groß-Berliner Siedler in Sasdorf liegen nun die Dinge so, daß sie durch den Konkurs der Firma Reich und der Sasdorfer Bodengesellschaft vollkommen recht- und schuldlos geworden sind. Greift hier nicht die Staatsanwaltschaft und das Wohlfahrtsministerium ein, dann werden etwa 300 bis 400 Menschen auf dem Pflaster geworfen.

Knüppel-Kunze's Nebekonfektion.

Richard Kunze veranstaltet Saisonausverkauf. In kleinen Zeitfetzen empfindet er seine gesammelten Reichstagsreden, in Bappe gebunden oder auch ungeheftet pro Maulwerkleistung 5 Pfennige. So inseriert er in seinem Ausverkaufspflasterchen: „Neder hilft sich vor Schiebertum e. t. c. p.“ Es klingt so wie: „Haben Sie Hühneraugen, Leberbeschwerden, Kopfschmerzen? So nehmen Sie unser Universalmittel . . .“ Auch für 0,05 M. wird der „Held“ von Garbelegen mit seiner Makulatur kein Glück haben!

Zum Leiter der Abteilung I im Berliner Postsekretariat ist an Stelle des nach Kasse als Regierungsvizepräsident vertriehenen Regierungsdirektors Dr. Behmann der Oberregierungsrat Froitzheim unter gleichzeitiger Beförderung zum Regierungsdirektor ernannt worden. Abteilung I umfaßt die Gesundheitspolizei. Regierungsdirektor Froitzheim ist als deutscher Tennismeister bekannt geworden.

Heinrich Creisch-Abend. Sonntag, den 1. November: Ließ in der Aula des Andreas-Realschulsaals, Köpenicker Str. 76, der Arbeiterdichter Heinrich Creisch aus eigenen Werken. Creisch lebt als Redaktionsmitarbeiter im Rheinland, ist durch seinen Beifall lungenleidend geworden und leidet mit seiner Familie große Not. Viele anerkannte Dichter und Schriftsteller haben in letzter Zeit wiederholt durch die Tagespresse zu Sammlungen aufgerufen, um für Creisch Erleichterung und Erhalt der Möglichkeit seines künstlerischen Schaffens zu erwirken. An der Spitze dieser Unterstützungsbemühungen liegt auch der Lesabend, der von der Spielgemeinschaft Berliner Jungsozialisten veranstaltet wird. Karten à 50 Pf. im Bezirksbildungsamt, Lindenstr. 3, Hof 2 Tr. rechts. — Die Bezirksblätter werden ersucht, am heutigen Abend in den Parteizusammenkünften auf die Veranstaltung hinzuwirken und sich für den Umfah der Karten zu bemühen.

Arbeiterfunkausstellung in Leipzig.

Die Reichsleitung des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands e. V. veranstaltet durch die Ortsgruppe in Leipzig eine Funkausstellung in Leipzig in der Reichshalle Köhlerstr. vom 14.—22. November. Sie ist vor allem als Amateurausstellung gedacht und soll eine Uebersicht über die Arbeit des Arbeiter-Radio-Klubs im ganzen Reiche geben. Sie wird gleichzeitig verbunden mit einer Ausstellung der Industrie und des Handels. Die Anschrift für die Geschäftsstelle lautet: Leipzig, Sternwartenstr. 40 (Fernsprecher 11811). Die Funkfreunde oder Funkvereine, die sich an der Ausstellung beteiligen wollen, können sich an die Geschäftsstelle wenden. Es kommt alles sorgfältig gebaute und interessante Material in Frage, auch Lehrmittel und Werkzeuge, möglichst mit erläuternden Zeichnungen und Erklärungen. Ein Preisauschreiben für Funkgerät ist geplant.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seeblickstr. 37/38. Hof 2 Tr. Versammlung: 7. Zug, Donnerstag, den 29. November, auch passiv Mitglieder müssen erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Wozu noch Fortbildungsschule? Sie stört nur den Betrieb.

Der JdM. schreibt uns:
Die Firma Zigarettenfabrik Garbaty mündet sich an den Leiter einer Groß-Berliner Schule mit dem Ersuchen, zur Entlassung kommender Kinder auf „gute“ Verdienstmöglichkeiten bei der Firma Garbaty hinzuweisen. Auf diese Weise hofft die Firma Garbaty zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Sie zahlt den schulentlassenen jungen Mädchen das fürstliche Gehalt von 5,70 M. pro Woche. — Wie sehr nun die Firma Garbaty bemüht ist, brauchbare Menschen bzw. gediegene Facharbeiter aus diesen Angehörigen zu machen, dafür gibt ein von der Firma hergestelltes Schreiben, das mit dem Multigraphen gefertigt wurde, Auskunft. Das Schreiben wird auf „Anraten“ der Firma von den jugendlichen Arbeiterinnen der Pflichtfortbildungsschule eingesehen. Es hat den folgenden Wortlaut:

An die Leitung der Schule.
Ich bin seit bei der Firma J. Garbaty, Rosenhölz, Zigarettenfabrik J. Garbaty, in der Abteilung beschäftigt. Die Firma hat mir bisher die durch meinen Schulbesuch bedingte Versäumnis von Arbeitszeit vom Arbeitslohn abgezogen.

Nunmehr erkläre ich die Betriebsleitung, daß mein zeitweises Fernbleiben von der Arbeit infolge meines Schulbesuches eine so schwere Störung darstellt, um so mehr, als die in meiner Abteilung außer mir noch beschäftigten Schülerinnen meistens am gleichen Wochentage die Schule besuchen, daß sie mich nicht länger auf meinem Posten belassen kann.

Ich würde hierdurch meinen Arbeitslohn völlig verlieren und ersuche daher, mich von dem Besuch der Schule befreien zu lassen.

Dieses Schreiben ist ein besonders krasser Beweis dafür, mit wie gutem Recht unsere Herren Arbeitgeber sich darauf berufen, die Qualität der Arbeitnehmer liege gegenüber früherer Zeit zu wünschen übrig usw. Jedem Vater schulentlassener Kinder ist aber unbeschreiblich anzunehmen, seine Kinder zu solchen Arbeitgeber zu bringen, die sich ihrer Pflichten als Arbeitgeber und auch als Auszubildende diesen jungen Menschen gegenüber in stärkerem Maße bewußt sind, als dieses bei der Firma Garbaty der Fall zu sein scheint.

Der Lohnstreit in der Waffenschneiderei.

Die zentralen Verhandlungen am 14. und 15. Oktober in Hannover wurden ergebnislos abgebrochen, da die Arbeitgeber jedwede Lohnerhöhung rundweg ablehnten. Um jedoch der Verantwortung für die Folgen dieses Verhaltens zu entgehen, die das Auseinanderfallen der zentralen Lohnordnung für unabsehbare Zeit bewirkten, erklärten sich die Arbeitgeber bereit, in Gemeinschaft mit den übrigen Vertragsparteien, den Lohnstreit einer vom Reichsarbeitsministerium einzusetzenden Schiedsstanz zu übertragen.

Vor diesem Schiedsgericht, das die Herren Obermagistratsrat Dr. Schallhorn, Stadtrat Dr. Maguhn und Stadtrat a. D. Runge bildeten, wurde am 24. Oktober verhandelt. In stundenlangen Bemühungen versuchten die Unparteiischen einen Vergleich herbeizuführen, der jedoch an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber scheiterte, die die Verlängerung des Erfurter Abkommens bis zum Jahresabschluss forderten. Das Schiedsgericht kam dann zu einem Schiedsspruch, wonach die Gruppenspenden ab 24. Oktober für die zehn einzelnen Städtegruppen neu festgelegt wurden, steigend von 57 Pf. bis zu 1 M. Die Stundenlöhne der Damenwaffenschneider erhöhen sich um je 10 Proz., wobei Teilbeiträge auf volle Pfennige nach oben oder unten abgerundet sind. Die allgemeinen Bestimmungen der Erfurter Abkommen sollen bestehen bleiben. Erhängungsfrist bis 3. November.

Die Beiratsmitglieder der Herren- und Damenschneider kamen einmütig zu der Auffassung, daß diese im Schiedsspruch vorgesehenen Löhne mit der Lebensmittelerhöhung nicht in Einklang stehen. Die Lohnerhöhung beträgt nur 3 bis 7 1/2 Proz. Trotzdem kam der Beirat zu dem Beschluß, den Mitgliedern die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen. Die Organisation kann sich nicht den Zeitpunkt von den Arbeitgebern diktiert lassen, zu dem sie ihre Kraft mit ihnen zu messen hat.

Müssen sich die Verhandlungsmitglieder zunächst auch materiell mit dieser ganz unzureichenden Lohnzulage abfinden, so dürfen sie damit doch keineswegs zufrieden sein. Sie müssen vielmehr alles drauslegen, die Organisation in jeder Weise zu kräftigen, um so die Vorbedingung zu schaffen, eine bessere Lohnregelung herbeizuführen.

Unterstützungen und Vorschüsse für Staatsangestellte.

Der preussische Finanzminister hat einem Verlangen des Zentralverbandes der Angestellten entsprechend durch Erlaß vom 19. Oktober 1925 — No. 1343 — angeordnet, daß seine Verfügung vom 17. Oktober 1925 (I C. 2. 8613 — I A. II 4270—), welche den preussischen Beamten Unterstützungen und Kostendeckelungen sowie Erleichterungen bei der Bewilligung und Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen gewährt, sinngemäß auch auf die Angestellten und Arbeiter der preussischen Staatsverwaltung Anwendung zu finden hat.

Kommunistischer Schwindel.

Die in Ludwigshafen a. Rh. erscheinende — in Mannheim gedruckte — kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ brachte in ihrer Nummer 219 folgende Notiz, die von der „Roten Fahne“ am Dienstag (Nr. 248) übernommen wurde:

„Erfolg unserer Arbeit in den Gewerkschaften.
Bei den Wahlen zum Verbandsbeirat des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wurden für den Wahlkreis 4 unsere Genossen E. Will, Ludwigshafen a. Rh., mit 7856 Stimmen und Ph. Biermann, Mainz, mit 7845 Stimmen gewählt.“

Die von den Reformisten vorgeschlagenen Kandidaten fielen bei der Wahl durch. Das Resultat ist ein Beweis, daß die Kommunisten trotz aller Hebe der Gewerkschaftsbureaus und der SPD. das Vertrauen der Arbeiter besitzen.“

Die Tatsache, daß die genannten Genossen gewählt sind, geben wir um so lieber zu, als die beiden nicht Mitglieder der SPD, sondern Mitglieder der SPD sind. Damit fällt dieser kommunistische Erfolgswahn in sich zusammen. Daran besteht nichts die weitere wahrheitswidrige Behauptung, die Kandidaten der Reformisten seien bei der Wahl unterlegen. Es gab nämlich nur eine Vorschlagsliste — einen Einheitsvorschlag — bei dieser Wahl, mit den Namen der Gewählten.

Es ist also nichts mit diesem Erfolg kommunistischer Gewerkschaftsarbeit. Der Erfolg in diesem Fall ist ganz auf unserer Seite, bei den „Reformisten“.

Gegen Treu und Glauben.

Der Inhaber eines kleinen Bankgeschäfts hätte wegen schlechten Geschäftsganges einen Teil seiner Angestellten entlassen können. Er schickte aber den Angestellten dauernde Beschäftigung zu, falls sie sich mit einer die Tariffrage erheblich unterschreitenden Gehaltsförmung einverstanden erklärten. Eine dahingehende Vereinbarung kam dann zustande. Das ist nach dem zwischen dem Allgemeinen Verband der Bankangestellten und dem Reichsverband der Bankleitungen bestehenden Tarifvertrag zulässig, denn dieser bestimmt, daß unter besonderen Umständen im Einzelfalle niedrigere Gehälter als im Tarif festgesetzt sind, vereinbart werden können. In einem Schriftwechsel mit dem Allgemeinen Verband der Bankangestellten, der zunächst gegen die Gehaltsherabsetzung einschritt, gab der Geschäftsinhaber die ausdrückliche Zusicherung, daß er als Gegenleistung für die Gehaltsförmung keine Rückstellungen vornehmen werde. Darauf ließ der Verband die Angelegenheit einwirken.

Die Gehaltsförmung war im März eingetreten, aber von den Angestellten, die nun auf dauernde Beschäftigung rechneten, wurde ein Teil zum 1. Oktober gekündigt. Einer derselben, ein Kassenbote, klagte im Beistand eines Vertreters des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten beim Gewerbeamt auf Nachzahlung der Gehaltsdifferenz für die Monate März bis September im Betrage von 395 M.

Die Firma wurde zur Zahlung dieses Betrages an den Kläger verurteilt mit der Begründung: Die Zusicherung der Beklagten, alle ihre Angestellten zu behalten, wenn die Gehälter herabgesetzt werden, müsse nach Treu und Glauben so verstanden werden, daß sich die Beklagte verpflichtet habe, die Angestellten, darunter den Kläger, längere Zeit weiterzubeschäftigen. Wie lange Zeit, das wolle das Gericht nicht entscheiden. Wenn aber die Beklagte bereits zum 1. Oktober den Kläger kündigte, so habe sie ihre Verpflichtung zu längerer Beschäftigungsdauer nicht erfüllt. Der Anspruch des Klägers sei deshalb berechtigt, denn er habe sich ja nur unter der Voraussetzung, daß er längere Zeit beschäftigt werde, mit der Gehaltsförmung einverstanden erklärt.

Die Gewerkschaften in Kanada.

(SBB.) Auf dem vergangenen Monat in Ottawa abgehaltenen 41. Ordentlichen Kongress der kanadischen Gewerkschaften nahen 267 Delegierte etwa 103 000 Mitglieder, gegen etwa 116 000 im vergangenen Jahre. (Der Rückgang ist auf einen neuen Zählungsmodus zurückzuführen.) Die Einnahmen der kanadischen Landeszentrale stellten sich im Berichtsjahre auf 23 274,41 Dollar, die Ausgaben auf 20 938,34 Dollar.

Zu den Fragen der Sozialgesetzgebung, des Achtstundentages, der Arbeiterbildung, der Verstaatlichung — die Zahl der verstaatlichten industriellen Betriebe ist in Kanada sehr groß und nimmt ständig zu —, der Wanderung, der Schiedsgerichte usw. befaßte sich der Kongress speziell mit dem Problem der „Union-Label“, der Verwendung bewaffneter Streitkräfte bei Arbeitskonflikten — deren gesetzliches Verbot der Kongress verlangt — und den internationalen Beziehungen.

Bei der Behandlung des letzteren Punktes kam eine von den Kommunisten energisch unterstützte Resolution zur Sprache, in der die Einberufung einer im Interesse der Schaffung der Grundlagen für eine allumfassende Gewerkschaftsinternationale anzuberaumende Konferenz der Gewerkschaften der ganzen Welt verlangt wird. Ferner wurde in diesem Zusammenhang die Zustimmung des Kongresses zur Politik des Kräftigen Gewerkschaftsbundes hinsichtlich seiner gemeinsamen Anstrengungen mit den russischen Gewerkschaften im anglo-russischen Komitee gefordert. Das Resolutionskomitee erklärte sich mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden und schlug vor, die Beziehungen mit den Arbeitern Europas auf den ICB. zu beschränken. Der Kongress stimmte diesem Antrag zu.

Zum Schluß wurde Moore in seiner Eigenschaft als Präsident der kanadischen Landeszentrale mit 169 gegen 29 Stimmen bestätigt.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart, 1925. Heft 10, 64 S. Preis 1 M. Das Oktoberheft der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung enthält eine Reihe von beachtenswerten Aufsätzen, die sich mit der Lage der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft sowie den Forderungen beschäftigen, die sich für die Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften aus ihr ergeben. Dr. Judith Grünfeld behandelt „Die weltwirtschaftliche Krise“, Dr. Hans Arons knüpft an die Beschlüsse des 12. Gewerkschaftskongresses mit seinem Aufsatz „Zur Förderung einer Produktionsstatistik“ an, Dr. Kurt Bloch legt „Die Probleme des Agrarkredits“ auseinander, während Dr. A. Ungern-Sternberg in dem Artikel „Industriearganisatorische Zeitfragen“ Wege zur Umgestaltung der Organisation der Wirtschaft weist.

Dr. Annemarie Hermsberg unterzieht die philosophischen Anschauungen des in Arbeitgebertreue sehr geschätzten Soziologen Dittmann einer gründlichen und scharfen Kritik. Dr. Bruno Broecker untersucht die Ideologie der deutschen Studentenschaft und zeigt auf, wo sich Möglichkeiten einer auf tieferes gegenseitiges Vertrauen gegründeten Annäherung bieten.

Unter den zahlreichen Artikeln der Rundschau sei diesmal besonders auf die Uebersicht „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft“ hingewiesen, in der Dr. Lipmann auf die Notwendigkeit hinweist, daß die Gewerkschaften bereits veröffentlichte und noch nicht veröffentlichte Ergebnisse von Betriebsstatistiken dem Institut für angewandte Psychologie in Berlin zur weiteren Bearbeitung zufleiten sollten.

Wirtschaft

Agarprogramm der österreichischen Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat auf ihrem vorjährigen Parteitag eine Kommission eingesetzt, die mit der Ausarbeitung eines Agrarprogramms beauftragt wurde. Diese Kommission legt nun dem Parteitag, der für den 13. November nach Wien einberufen ist, den Entwurf eines Agrarprogramms vor.

Das Programm beginnt ohne theoretische Einleitung sofort mit praktischen Forderungen. Es gliedert den Stoff in drei große Abschnitte: Forderungen zur Hebung der Landwirtschaft, Forderungen zur Hebung des Landproletariats und Forderungen, die sich aus dem Uebergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung ergeben.

Der erste Abschnitt behandelt Maßregeln zur Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, zur Befreiung der Landwirtschaft von der Ausbeutung durch das Handelskapital, Maßnahmen gegen die Ueberfütterung der Landwirtschaft und zur Reform der Landwirtschaftssteuern. Im einzelnen sind aus der Fülle von Maßnahmen, die verlangt werden, die folgenden hervorzuheben: Ausgestaltung des Schul- und Bildungswesens auf dem Lande; Anpflanzung des Bodens, der von den Eigentümern nicht bewirtschaftet wird und seine Uebertragung an Gemeinden oder Genossenschaften; staatsliches Ein- und Ausfuhrmonopol für Getreide unter der Verwaltung einer Monopolanstalt, die vom Staat gemeinsam mit Vertretern der Landwirte und der Konsumgenossenschaften geleitet wird; Umwandlung der Grundsteuer in eine Steuer von der Grundrente, die nur jenen Mehrtztrag trifft, der verbleibt, wenn man vom Ertrag des Gutes den Arbeitslohn abzieht, den der Landwirt und seine Familienmitglieder als Lohnarbeiter erwerben könnten.

Der zweite Abschnitt fordert die Ausdehnung der sozialpolitischen Errungenschaften der Industriearbeiterschaft — Kollektivverträge, besondere Arbeitsgerichte, Betriebsräte, Arbeiterkammern, Arbeiterkassen, Gewerbeinspektion, Sozialversicherung, Arbeiterurlaub usw. — auf die landwirtschaftlichen Arbeiter einschließlich der Wanderarbeiter. Bezüglich der Arbeitszeit wird gefordert, daß sie im Jahresdurchschnitt acht Stunden täglich betragen soll, also im Sommer länger, im Winter kürzer sein kann. Bezüglich der Sonntagsruhe und der mit der Viehwirtschaft und der Hauswirtschaftsarbeit beschäftigten Arbeiter werden besondere Bestimmungen getroffen.

Unter dem Titel „Der Uebergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung“ beschäftigt sich das Programm mit den Forderungen zur Sozialisierung des großen Forstbesitzes und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Beide sind zu enteignen und in das Eigentum des Staates zu überführen. Der Forstbesitz des Staates soll von diesem unter Mitwirkung der Forstarbeiter und der Bauern verwaltet werden. Der landwirtschaftliche Großbesitz soll zum Teil den Gemeinden übertragen, zum Teil verpachtet, der Rest als Muttergüter im Dienst des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Besuchswesens gemeinwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Von der Stellung des Bauern in der sozialistischen Gesellschaft sagt das Programm: „Durch die Sozialisierung des Raubeigentums der Herrenklassen wird das Arbeitseigentum der Bauernschaft nicht gefährdet, sondern gefestigt. Der Bauer war vor der feudalen Gesellschaft da. Er hat in der feudalen Gesellschaft gelebt und er lebt in der kapitalistischen Gesellschaft. Auch im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft werden Bauern als freie Besitzer auf ihrer Scholle leben. Aber wie jede Gesellschaftsordnung vor ihr, wird auch die sozialistische Gesellschaftsordnung sowohl die Rechtsverhältnisse als auch die wirtschaftlichen Existenzbedingungen des bäuerlichen Grundbesitzes umgestalten.“ Insbesondere wird das sozialistische Gemeinwesen die gleichmäßige Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft sicherstellen und den Anteil des Bauern am Gesamtzweig der gesellschaftlichen Arbeit bewußt regulieren.

Die Einlagen bei den Sparkassen Preußens haben sich nach den vorliegenden Ausweisen im August 1925 um 52 Millionen RM. vermehrt. Damit ist die Summe von 838,6 Millionen RM. erreicht worden, während im Jahre 1914 die gesamte Sparkassensumme in Preußen 13,64 Milliarden ausmachte. Die Sparkasseneinlagen haben sich seit Jahresbeginn um 493 Millionen RM., d. h. um 12,6 Proz. erhöht. Sie haben sich also verdoppelt. Der absolute und relative Zuwachs im August ist um 9,7 Proz. bzw. 0,3 Proz. größer als im Vormonat gewesen.

Errichtung der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer. Im Anschluß an die einstimmige Aufnahme Deutschlands in die Internationale Handelskammer haben der Deutsche Industrie- und Handelsstag, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Zentralverband des Deutschen Großhandels, der Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels die Gründung der „Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer“ nunmehr vollzogen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin C 2, hinter dem Gleishaus 3. Die ständige Vertretung der Gruppe bei der Geschäftsstelle der Internationalen Handelskammer in Paris, Rue Jean Goujon 33, ist dem bisherigen Referenten beim Deutschen Industrie- und Handelsstag, Herrn Dr. G. Niedberg, übertragen worden.

Deutschlands Anteil am russischen Import. In den ersten neun Monaten des Wirtschaftsjahres 1924/25 wurden nach Rußland über die europäische Grenze, unter Zugrundelegung der Marktpreise, Waren für rund 444,5 Millionen Rubel importiert. Hiervon entfielen auf die Vereinigten Staaten 28,2 Proz., auf England 18,6 Proz., auf Deutschland 15,5 Proz., auf Holland 5,6 Proz., auf Ägypten 3,8 Proz., auf die Tschechoslowakei 3,5 Proz., auf Finnland 3 Proz., auf Schweden 2,6 Proz., auf andere Länder 19,2 Proz. Deutschland stand somit unter den Importländern an dritter Stelle.

Verantwortlich für Volltext: Graf Reuter; Wirtschaft: Kurt Caleroux; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Chlora; Landwirtschaft: A. S. Schöber; Soziale: Conzilio; Fritz Reuß; Angelegen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Verlag und Verlagsanstalt Gutz. Singer u. Co., Berlin 68. Einheitspreis 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fam. -Telephon Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten gleich so fort.
Kat. 650 fr. Eisenmöbelkatal. Suhr Thür.

Pelzwaren
kaufen Sie gut und billig
Berlin, Neue Köpenicker Str. 21, 2 Treppen.

Krause-Pianos
zur Miete
Ansbacher Str. 1,
Fax Kurfürstendamm

Gardinen
Sonderangebote
Gelegend. - Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Küchenschürzen
Kleidungsstücke
Special-Gardinenmacher
Humboldt, Bergstr. 67
am Ringbahnhoft.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
Bekannt seit 49 Jahren.

Große Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller Art
Meine guten Möbel sind im Gebrauch die billigsten.
zu wirklich billigen Preisen.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

Beachtung ohne Kauflzwang erbeten.
Geschäftszeit von 9-7 Uhr.

Der gute Kapitän-Kaufmann
C. Becker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3861

A. Behm - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Kauflzw. Anmeldung, Gängehofstr. 1 und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrgänge. - Fernspr. Neukölln 1063.

Killos Knoblauchsaft
Ist stets frisch in allen Apotheken
Berlins und, falls irgendwo nicht
vorhanden, am Generaldepot für Berlin,
Andreas-Apothek, Unter den Eichen 15,
Tel. Königl. 2793, erhältlich.

Bären-Stiefel
halbharter
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei
H. Bähr, Spittelmarkt 7

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Innen- und Außenmalerei in allen Verlagen - herrliche Kunst
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße,
zur 1. Etage, 1. Stock
(Ringel, halber Anker, glückliche Billig.)
Berliner Straße 112, 1. Stock.